

CHANCEN

Gibt es bald 70 Millionen Euro für die AfD?

Die Partei möchte nach dem Einzug in den Bundestag eine Stiftung gründen. Einfach wird das nicht

VON ANANT AGARWALA

Vielleicht ging es bei der Alternative für Deutschland noch nie um so viel, und das, obwohl es doch regelmäßig um alles geht, namentlich das Ende der Kultur. Jetzt aber liegen 70 Millionen Euro Steuergeld auf dem Tisch, jährlich wohlgemerkt, zur (fast) freien Verfügung. Die AfD könnte damit ein Forum für politische Diskussionsrunden finanzieren; sie könnte an die Universitäten gehen und gute Studenten fördern oder Studien in Auftrag geben; sie könnte auch Vertretungen in Nairobi, Moskau oder Kabul aufmachen, um das Bild Deutschlands im Ausland zu prägen.

An die Millionen zu kommen erscheint zunächst recht einfach: Die AfD muss eine parteinahe Stiftung benennen, so wie die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD oder die Heinrich-Böll-Stiftung der Grünen. Angekündigt ist eine Entscheidung durch den AfD-Bundesvorstand für diesen Freitag, den 19. Januar. Im Detail aber wird es kompliziert, wie immer, wenn es um das Verhältnis zwischen der AfD und der Bundesrepublik geht.

Komplikation 1: Es gibt keine gesetzliche Grundlage für politische Stiftungen, nur ein 31 Jahre altes Urteil des Bundesverfassungsgerichts mit Spielraum für Interpretationen.

Komplikation 2: Die anderen Fraktionen im Bundestag, sie entscheiden über die Anerkennung der neuen Stiftung.

Komplikation 3: die AfD selbst.

Die Situation innerhalb der Partei ist verworren. Eine Handvoll Vereine buhlt um die Gunst der Parteispitze und hofft, von ihr als parteinahe Stiftung anerkannt zu werden. Sie tragen Johann Gottfried Herder, Immanuel Kant oder Gustav Stresemann im Namen, der Philosoph Erasmus von Rotterdam ist innerhalb der Partei gar so beliebt, dass gleich drei Vereine in drei Bundesländern nach ihm benannt sind.

Schon unter Bernd Lucke bemühten sich AfD-Mitglieder, eine bundesweite Stiftung ins Leben zu rufen; bis auf interne Streitereien erzielten sie allerdings wenig Ergebnisse. Zunächst vorangetrieben wurde das Projekt von AfD-Gründungsmitglied Konrad Adam, der mittlerweile eher Beobachter denn Gestalter ist. Er sehe zwei ernsthafte Kandidaten, sagt Adam: die Stresemann-Stiftung in Jena und die Desiderius-Erasmus-Stiftung mit Sitz in Lübeck, beide sind eingetragene Vereine. »Über die inhaltliche Ausrichtung der verschiedenen Anwärter lässt sich noch wenig sagen«, so Adam. Bis heute gehe es in den stiftungsinternen Auseinandersetzungen vornehmlich um Macht und Geld. »Aber jede Staatsform braucht Leute, die das Land führen können. Junge Menschen darauf vorzubereiten und dazu zu befähigen wäre eine der ersten Aufgaben einer solchen Stiftung.«

Eine neue Elite, geformt von der AfD?

Fast 560 Millionen Euro zahlten die Ministerien des Inneren, für wirtschaftliche Zusammenarbeit und für Bildung und Forschung sowie das Auswärtige Amt 2017 den bestehenden parteinahen Stiftungen aus. Da das Geld im Wesentlichen entsprechend der Fraktionsgröße im Bundestag verteilt wird, stünden der AfD-nahen Stiftung langfristig, wenn sie sich voll etabliert hat, gut 70 Millionen im Jahr zu.

Rainer Gross, AfD-Mitglied aus Bayern ohne politisches Mandat, hat rein rechnerisch die besten Chancen, Herr des Geldes zu werden: Gross sitzt gleich drei Vereinen vor, die gern Bundesstiftung werden würden. Einer nach Erasmus

benannten Stiftung (als Nachfolger von Konrad Adam), dem Johann-Gottfried-Herder-Verein für Demokratie in Bonn und seit knapp zwei Monaten auch der Gustav-Stresemann-Stiftung in Jena, die er von ehemaligen Mitgliedern der mittlerweile aufgelösten islamfeindlichen Partei Die Freiheit übernommen hat. Zu seiner Mandatsfülle sagt Gross: »Das hat sich einfach so entwickelt.«

Sein Favorit sei die Stiftung im Namen Stresemanns. »Ich verbinde mit Gustav Stresemann klare konservative Haltungen und Völkerverständigung.« Dass Stresemanns Enkel der *Stuttgarter Zeitung* erklärten, »alle rechtlichen Schritte zu prüfen«, um eine AfD-Stiftung im Namen ihres Großvaters zu unterbinden, schmerze ihn, sagt Gross. Eine Kontaktaufnahme mit den Enkeln sei bislang gescheitert.

Als eine Kernaufgabe der Stiftung sieht Gross ein Bildungswerk, das Studenten fördert sowie »akademische Äußerungen in den Diskurs bringt«. Einem Bericht der *Süddeutschen Zeitung*, nach dem »Ein Prozent«, eine der Identitären Bewegung nahestehende Organisation, der Stresemann-Stiftung bereits Geld zugesagt habe, widerspricht er: »Ich kenne diese Organisation nicht und habe auch kein Interesse an solchen Verbindungen.« Aktuell bestehe die Stresemann-Stiftung ohnehin nur aus fünf Leuten. Für die inhaltliche Arbeit sowohl beim Herder-Verein als auch bei der Stresemann-Stiftung sei Marc Jongen zuständig, Philosoph aus der Schule Sloterdijks und Mitglied des Bundestages. Er hielt Angela Merkels Regierung in der Vergangenheit unter anderem »linksradikale Positionen« vor und bekundete »Sympathie« für die Identitäre Bewegung.

Als größter Konkurrent von Gross und Jongen gilt aktuell Peter Boehringer, ebenfalls MdB. Er ist Vorsitzender der Desiderius-Erasmus-Stiftung, eingetragen im Vereinsregister Lübeck. Berichte, nach denen er der Kandidat des wirtschaftsliberalen Flügels der Partei sei, widerspricht Boehringer: »Ich bin liberal, aber auch durch und durch patriotisch. Das heißt sich nicht.« Erasmus habe »keines Fürsten Knecht« sein wollen, das prädestiniere ihn zum Namenspatron.

Die Ambivalenz gegenüber dem Establishment erinnert an die Anfangszeit der Grünen

Boehringer verkörpert den Zwiespalt, in dem die AfD in der Stiftungsfrage steckt: Eine ihrer wichtigsten rhetorischen Waffen ist Polemik gegen das politische Establishment der »Altparteien«, das nur an sich selbst denke. Nun selbst Millionen an Steuergeldern zu beantragen macht diese Erzählung weniger glaubwürdig. So verwundert es nicht, dass Boehringer sagt, er stelle »das gesamte politische Stiftungswesen infrage«. Aber solange es existiere, habe die AfD »ein moralisches Recht«, daran teilzuhaben. Ähnlich äußern sich viele in der Partei.

Die Ambivalenz, das Establishment zu kritisieren und gleichzeitig dessen Privilegien zu beanspruchen, erinnert an die Gründungszeit der Grünen. Sie bemängelten nach dem ersten Einzug in den Bundestag 1983 die unklare Finanzierung der Stiftungen von CDU, CSU, SPD und FDP und führten 1986 ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts herbei, das bis heute als Maßstab gilt. Das Urteil erklärte die Stiftungsfinanzierung mit öffentlichen Geldern für rechtmäßig. Der Gleichheitsgrundsatz gebiete allerdings, dass die »Förderung alle dauerhaften, ins Gewicht fallenden politischen

Grundströmungen in der Bundesrepublik Deutschland angemessen berücksichtigt«.

Diese Formulierung ist nicht banal. Und dürfte zum Kern eines politischen Streits werden, sobald eine AfD-nahe Stiftung offiziell benannt ist. Die alles entscheidende Frage lautet: Was heißt »dauerhaft«?

1998 erklärten die parteinahen Stiftungen gemeinsam in einem Papier, »ein geeigneter Anhaltspunkt für die Dauerhaftigkeit (...) dürfte eine wiederholte Vertretung der der Politischen Stiftung nahestehenden Partei im Deutschen Bundestag sein«. Nach dieser Interpretation müsste die AfD zunächst 2021 erneut in den Bundestag einziehen, um für ihre Stiftung eine Förderung zu erhalten. So sieht es auch Gesine Löttsch (Die Linke), in der abgelaufenen Legislaturperiode Vorsitzende des Haushaltsausschusses. Dort entschei-

den die Fraktionen über die Zuwendungen für die politischen Stiftungen: »Wenn man dieselben Kriterien wie damals bei der Heinrich-Böll-Stiftung oder der Rosa-Luxemburg-Stiftung anwendet, ist eine dauerhafte Grundströmung bei der AfD noch nicht vorhanden.« Die Linke werde nicht für eine Anerkennung plädieren: »Nach der nächsten Bundestagswahl muss man dann weitersehen.«

Die Grünen bekamen ab 1989 Geld für ihre Stiftung, sechs Jahre nach ihrem Erstinzug in den Bundestag (aber nur ein Jahr nach Gründung einer bundesweiten Stiftung). Die Linke, damals noch PDS, wurde 1999 mit reduzierten Bezügen bedacht, ebenfalls nach dem zweiten Bundestagsinzug in Fraktionsgröße. Allerdings: Im Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist eine zeitliche Regelung nicht festgehalten.

Peter Boehringer findet das Argument lächerlich. »Natürlich sind wir etabliert. Wir sind bald die größte Oppositionspartei, sitzen in 14 Landtagen.« Man müsse überlegen, juristisch gegen die Entscheidung vorzugehen, sollten »die Altparteien die Töpfe okkupieren«.

Auch Rainer Gross, Multifunktionsträger im Namen Herders, Erasmus' und Stresemanns, will »sofort anerkannt werden«. Mit großen Beträgen rechne er zunächst nicht. »Wie sollen wir denn aus dem Stand 20, 25 Millionen ausgeben, ohne Leute, ohne Organisation?« Sobald sich die Parteispitze für einen Verein entschieden habe, würde der Aufbau der Stiftung aber schnell gehen.

Bleibt die AfD bundesweit über fünf Prozent, ist die Millionenfrage keine des Ob, sondern eine des Wann.

ANZEIGE



Näher am Leben Mein Fernstudium an der HFH

- Berufsbegleitendes und flexibles Fernstudium
- Persönliche Betreuung über 50 mal vor Ort
- Staatlich anerkannte Abschlüsse (Bachelor, Master, Ph.D.)

hfh-fernstudium.de

✓ Praxisrelevante Studieninhalte ✓ 20 Jahre Erfahrung ✓ Über 9.000 Absolventen ✓ 98 % Weiterempfehlung